

## **Rot-Grüne Planungswillkür im Straßenbau beenden**

### **Vorausschauende Infrastrukturpolitik für den Wirtschafts- und Logistikstandort Nordrhein-Westfalen**

#### **I. NRW ist Stauland Nummer Eins**

Nordrhein-Westfalen als einer der größten Wirtschafts- und Ballungsräume Europas ist in besonderer Weise auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Die dichte Besiedlung, steigende Transitverkehre und die zunehmende Mobilität von Menschen, Waren und Dienstleistungen stellen enorme Herausforderungen an die Infrastruktur. Dabei leistet die Straße von allen Verkehrsträgern den stärksten Beitrag dazu, dass die Wirtschaft produziert, der Handel seine Produkte vertreiben kann und unser gesellschaftliches Zusammenleben funktioniert.

Bereits heute ist Nordrhein-Westfalen Stauland Nummer Eins in Deutschland. Die Belastung unseres Straßennetzes wird sich in Zukunft aber noch verschärfen: Prognosen zufolge steigt der Personenverkehr auf der Straße mittelfristig um rund ein Fünftel, der Straßengüterverkehr wird um rund 80 Prozent wachsen und sich auf den zentralen Achsen des Landes sogar verdoppeln. Die Folgen sind: der Verlust wertvoller Arbeits- und Freizeit, zusätzliche Kosten für Unternehmen sowie milliardenschwere ökologische und ökonomische Schäden. Ein bedarfsgerecht ausgebautes Straßennetz ist deshalb unverzichtbare Voraussetzung für Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land.

#### **II. Rot-Grüne Anti-Straßen-Politik hängt NRW ab**

Dennoch kommt der Neu- und Ausbau von Straßen in Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün nach und nach zum Erliegen. Zahlreiche Umgehungsstraßen und Lückenschlüsse, auf die Bürger und Unternehmen zum Teil schon seit Jahrzehnten warten, werden systematisch blockiert oder verzögert.

Beim Straßenbau wird Nordrhein-Westfalen bereits heute von den anderen Bundesländern abgehängt. Während NRW nach Angaben der Bundesregierung außerhalb des Straßenbauplans 2013 ein planfestgestelltes Bauvolumen von lediglich 270 Mio. Euro in der Reserve hat, sind es in Bayern fast 2 Mrd. Euro, in Hessen rund 1,5 Mrd. Euro, in Baden-Württemberg 680 Mio. Euro und in Niedersachsen 540 Mio. Euro. Selbst die Länder Brandenburg, Berlin und Thüringen können mehr baureife Projekte vorweisen.

Dieser Rückstand zu den anderen Bundesländern wird sich bei Fortsetzung der derzeitigen rot-grünen Verkehrspolitik noch weiter vergrößern. Denn mit ihrer Priorisierungsliste von September 2011 hat die Landesregierung ohne jegliche Begründung für insgesamt 157 Projekte des Landesstraßenbedarfsplans und des Bundesverkehrswegeplans einen weitreichenden Planungsstopp verhängt. Die Bedarfsplangesetze des Landes und des Bundes, in denen der Ausbaubedarf verbindlich festgestellt wurde, werden damit willkürlich ausgehebelt.

Zugleich nimmt die rot-grüne Landesregierung drastische Kürzungen bei den Investitionen in das Landesstraßennetz vor, um selbst die verbliebenen noch planungsrelevanten Projekte zu verzögern. So stehen in diesem Jahr fast 20 Mio. Euro weniger zur Verfügung als 2009 zu schwarz-gelber Regierungszeit. Die Mittel für den Neu- und Ausbau größerer Vorhaben im Landesstraßenbau wurden von 70 Mio. Euro auf 44 Mio. Euro zusammengestrichen – das sind 37 Prozent weniger als im Jahr 2009.

Offensichtlich ist es nicht mehr Ziel der NRW-Verkehrspolitik, das Straßennetz für die gegenwärtigen Beanspruchungen und die künftig stark zunehmenden Verkehrsmengen zu ertüchtigen. Überlastungen und unzureichende Kapazitätserweiterungen führen so zu einem beschleunigten Verschleiß der Infrastruktur. Die jüngsten Einschränkungen für die Nutzung der Leverkusener Rheinbrücke der A 1 für den Güterverkehr sind ein warnendes Beispiel für die Folgen chronisch überlasteter Verkehrswege. Das ist ideologische Anti-Straßen-Politik.

#### **III. Was jetzt zu tun ist!**

Im Unterschied zu der ideologischen Anti-Straßen-Politik von Rot-Grün setzt die FDP auf eine vorausschauende Infrastrukturplanung. Wir wollen das Straßennetz in Nordrhein-Westfalen fit machen für die Herausforderungen der Zukunft und dadurch Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand in unserem Land sichern.

66. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen  
am 13. April 2013 in Hamm

Die FDP fordert die Landesregierung auf, ihre willkürliche Planungspriorisierung für Bundesfern- und Landesstraßenvorhaben aufzuheben. Gerade auch im Hinblick auf die Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 müssen Doppeldeutigkeiten und einschränkende Vorfestlegungen, die einer Benennung von NRW-Projekten und ihrer bundesweiten objektiven Bewertung entgegenstehen, ausgeräumt werden. Sonst droht Nordrhein-Westfalen beim Bundesfernstraßenbau benachteiligt zu werden.

Die Landesregierung sollte daher umgehend alle von den Bezirksregierungen aus regionaler Sicht gemeldeten Projekte, die die formalen Kriterien zur Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan erfüllen, durch das Bundesverkehrsministerium bewerten lassen. Auch die von der Landesregierung beabsichtigte Verzögerung des Anmeldeverfahrens bis nach der Bundestagswahl ginge zu Lasten Nordrhein-Westfalens. Nur wenn das Land die planerischen Voraussetzungen dafür schafft, dass künftig die Infrastruktur bedarfsgerecht entwickelt werden kann und eine ausreichende Zahl baureifer Projekte vorhanden ist, kann vom Bund auch zu Recht eine höhere Mittelzuweisung für den Fernstraßenbau verlangt werden.

Damit die vielen Engpässe in Nordrhein-Westfalen beseitigt werden können, setzt sich die FDP dafür ein, dass die Anteile am Bundesverkehrswegeplan und die Verteilung der Bundesmittel künftig stärker an der tatsächlichen Verkehrsbelastung und der volkswirtschaftlichen Rentabilität der Projekte ausgerichtet werden. Für Nordrhein-Westfalen ist eine Erhöhung der Landesquote im Fernstraßenbereich auf etwa 20 Prozent anzustreben, was annähernd dem Königsteiner Schlüssel sowie dem NRW-Anteil an anderen Programmen mit Bundesfinanzierung entspricht.